



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

Die politische Lage in Deutschland

Start in eine Zeit ohne Neuverschuldung

Politische Lösung für die Ukraine finden

Der Bund will im nächsten Jahr erstmals seit 1969 ohne neue Schulden auskommen. Damit hätten wir endlich die Zeitenwende geschafft, auf die wir im Interesse unseres Landes so lange hingearbeitet haben. Dem Beschluss des Haushaltsentwurfs für 2014 und der Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2018 durch das Bundeskabinett in dieser Woche, kommt also durchaus eine historische Tragweite zu. Der Haushaltsentwurf für dieses Jahr muss wegen der Bundestagswahl im Herbst von der Bundesregierung erneut beschlossen und dem Deutschen Bundestag zu Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.

Für 2014 plant die Regierung noch mit einer Nettokreditaufnahme von 6,5 Mrd. Euro, von denen allerdings 4,3 Mrd. Euro allein als letzte Rate zum Aufbau des Eigenkapitals beim Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) dienen. Wir halten die Vorgaben der Schuldenbremse deutlich ein und haben sogar einen kleinen Puffer. Strukturell ist in diesem Jahr sogar ein kleiner Überschuss möglich. Aber bekanntlich ist das Bessere der Feind des Guten – in diesem Sinne ist es unser Ziel, den Entwurf in den parlamentarischen Beratungen ggf. sogar noch weiter zu verbessern.

Der Vorwurf der Opposition, die Koalition plane den Griff in die Sozialkassen, ist unangemessen. Die Beitragszahler werden auch nicht zusätzlich belastet. Es macht aber keinen Sinn, dass der Bund Milliardenbeträge an Steuermitteln an den Gesundheitsfonds überweist, damit dieser große Reserven bildet, und der Bund stattdessen Schulden aufnehmen muss. Und anders als unsere Konkurrenz oft glauben machen will, führt ein ausgeglichener Haushalt auch nicht zu einem Zusammenbruch des Landes und schon gar nicht zu einer Verelendung breiter Massen – im Gegenteil! Nie hat eine Bundesregierung so viel in Bildung und Forschung investiert. Nie hat eine Bundesregierung die Kommunen in derart massiver Weise entlasten können. Auch die prioritären Ausgaben des Koalitionsvertrages sind solide mit den nötigen Mitteln unterlegt. Und all das – wie versprochen – ohne die Erhöhung von Steuern.

Klar ist aber auch, dass wirtschaftlicher Wohlstand und damit stabile Finanzen bei Staat und Sozialversicherungen nicht selbstverständlich sind. Auch weiterhin müssen wir die Gefährdung von Arbeitsplätzen verhindern. Unsere Beschlüsse zur abschlagfreien Rente für langjährig Versicherte dürfen nicht zu einer Frühverrentungswelle führen und der Mindestlohn nicht zum massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen. Darin sind wir uns auch mit der SPD einig. Darauf werden wir besonders achten, denn wir wollen, dass die positive Entwicklung unseres Landes weitergeht. Immer mehr Menschen profitieren durch neue Arbeitsplätze und steigende Löhne und Gehälter von der stabilen und positiven Entwicklung unserer Wirtschaft. Wir tragen mit Augenmaß und Weitblick Sorge dafür, dass das so bleibt. Die Menschen in Deutschland erwarten genau das von uns. Sie haben mit ihrer Wahlentscheidung für klare Verhältnisse gesorgt und dafür gestimmt, dass die Politik der wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Vernunft fortgesetzt werden kann.

Mit großer Sorge blicken wir dagegen auf die Geschehnisse in der Ukraine. Durch die revolutionären Umbrüche ist die bisherige Regierung verdrängt, die neue aber noch nicht überall im Land handlungsfähig. Umso bitterer ist es, dass sich die Konfrontation mit Russland als übermächtigem Nachbar der Ukraine in dieser Situation so dramatisch zuspitzt. Gerade im Jahr des Gedenkens an den Ausbruch des 1. Weltkrieges vor 100 Jahren, wirkt dieser Konflikt wie aus der Zeit gefallen. Die Zukunft unseres Kontinents muss auf anderen Pfeilern ruhen: Frieden, Souveränität, Verständigung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Freiheit.

Deshalb werden wir alles tun, damit die Situation auf der Krim und der Ukraine als Ganzes auf politischen Wegen einer guten Lösung zugeführt wird. Wir werden dabei besonders vorgehen und weder den Menschen in der Ukraine unerfüllbare Versprechungen machen noch unsere eigenen Möglichkeiten überschätzen. Viele Menschen in der Ukraine streben entschieden nach einem proeuropäischen Kurs ihres Landes. Dies zeigt die Attraktivität unseres europäischen Modells und unserer westlichen Werte. Darüber hinaus ist entscheidend, dass sich die Staaten der Europäischen Union auch in dieser Krise nicht auseinanderdividieren lassen.

Auch angesichts manch schriller eurokritischer Töne von Links und Rechts tun wir gut daran, uns die große Bedeutung der europäischen Idee und des europäischen Einigungsprozesses für jeden Einzelnen von uns und für die Völker im gemeinsamen Haus Europa vor Augen zu führen. Und wir sind froh, dass es mittlerweile das ganze Haus Europa ist. Fast ein Jahrzehnt ist es nun schon her, dass zahlreiche mittel- und osteuropäische Staaten nach dem Abschütteln der kommunistischen Herrschaft ihre Freiheit in der Europäischen Union verankern konnten. Nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Jahr 1990 konnte 2004 durch den Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, Tschechiens, der Slowakei, Ungarns und Sloweniens auch die Spaltung Europas in Ost und West überwunden werden.

Wir stehen zum Erbe unserer Bundeskanzler Konrad Adenauer und Helmut Kohl, die diese friedensstiftende Bedeutung der europäischen Einigung erkannt und stets betont haben. Sie haben unser Land zu einem Motor dieses Einigungsprozesses gemacht. Ihr Erfolg ist, dass sich seit Jahrzehnten schon kein Westeuropäer mehr an die Zustände erinnern kann, die unseren Kontinent so lange geprägt haben: Unüberwindbare Grenzen und unterdrückte nationale Minderheiten, Misstrauen und Vorurteile, ja Gewalt. Und freuen wir uns, dass diese Welt für unsere Nachbarn jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs so attraktiv war, dass sie Europa gemeinsam mit uns gestalten wollen. Dass Kriege im Europa der 28 nicht mehr denkbar sind, ist kein Geschenk des Himmels, sondern Folge einer aktiven und umsichtigen Europapolitik. Für eine solche Politik steht die Bundesregierung unter unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel. Wir werden Sie dabei nach Kräften unterstützen.

Die Woche im Parlament

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zur Lage in der Ukraine am 6. März 2014. Die Bundeskanzlerin berichtete nach dem EU-Sondergipfel über die gemeinsame europäische Antwort auf die Lage in der Ukraine. In der anschließenden Kernzeitdebatte haben wir über die Lage in der Ukraine diskutiert.

Technologie-, Innovations- und Gründungsstandort Deutschland stärken – Potenziale der Digitalen Wirtschaft für Wachstum und nachhaltige Beschäftigung ausschöpfen und digitale Infrastruktur ausbauen. Im gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen greifen wir die in der Digitalisierung liegende Chance und Herausforderung auf und fordern unter anderem ein zeitgemäßes IT-Sicherheitsgesetz.

Gesetz zu dem Abkommen vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit. Das Sozialversicherungsabkommen, das wir in 1. Beratung behandelt haben, regelt die Zuordnung und Abwicklung von Versicherungsverhältnissen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung zwischen den beiden Staaten. Es wird für alle Beteiligten zu Vereinfachungen führen und Bürokratie verringern.

Einsetzung „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.“ Auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD setzten wir eine Kommission ein, die prüfen soll, wie die Parlamentsrechte zum Einsatz der Bundeswehr trotz einer fortschreitenden Bündnisintegration gesichert werden können. Die Einsetzung dieser Reformkommission ergibt sich aus dem Koalitionsvertrag.

Mehr Zeitsouveränität - Neue Wege für gleiche Chancen von Frauen und Männern. Wir nehmen unseren Koalitionsvertrag beim Wort und setzen uns für bessere Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung von Arbeitszeiten ein. Mit unserem Antrag, den CDU/CSU und SPD gemeinsam eingebracht haben, weisen wir auf die Bedeutung einer Verbesserung der Wahlfreiheit für berufstätige Männer und Frauen hin. Wir wollen Frauen wie Männer in die Lage versetzen, ihre Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige besser mit ihrem Beruf vereinbaren zu können. Die Vereinbarkeit von Vollzeitarbeit beider Partner mit den Bedürfnissen der Familie stellt eine große Herausforderung dar, die nicht alle Familien nach dem gleichen Schema lösen wollen. Unser Ansatz ist daher, die Rahmenbedingungen so flexibel zu gestalten, dass Frauen und Männer selbst über die beste individuelle Lösung entscheiden können. Dazu gehören u.a. das Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Arbeitszeit nach einer Teilzeitphase, die Möglichkeit der Teilzeitausbildung, die gezielte Förderung von Führungspositionen in Teilzeit oder etwa eine Flexibilisierung der Elternzeit. Gleichzeitig werden wir uns weiter um die Förderung der Betreuungsinfrastruktur kümmern.

Digitale Potenziale

Die weltweit größte Messe für Informationstechnik (CeBIT), die in dieser Woche unter dem Motto „Datability“ stattfindet, ist für uns Anlass, dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Antrag zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland vorzulegen. Unsere Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)-Branche ist mit über 86.000 Unternehmen, 900.000 Beschäftigten und 228 Mrd. Euro Umsatz ein bedeutender Industriezweig der deutschen Wirtschaft. Wir wollen traditionelle deutsche Stärken in Bereichen wie Industrie, Energie, Gesundheit, Tourismus oder Mobilität durch Stärkung der Nutzung von Big Data, Cloud-Anwendungen, Smart Services oder Industrie 4.0 noch mehr zum Tragen bringen. Außerdem wollen wir die Gründerkultur stärken - und damit den Mittelstand von morgen. Aktuell müssen wir neues Vertrauen in das Internet schaffen und ein besonderes Augenmerk auf IT-Sicherheit sowie die Abwehr von Industriespionage legen. Wir haben daher die Bundesregierung aufgefordert, ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg zu bringen. Im vergangenen Monat haben wir den neuen Bundestags-Ausschuss „Digitale Agenda“ ins Leben gerufen. Wir greifen damit auf, dass die Digitalisierung immer mehr wirtschaftliche und gesellschaftliche Lebensbereiche durchdringt und

verknüpft. Unsere Aufgabe liegt vor allem darin, die großartigen Chancen zu nutzen und Risiken wirksam entgegenwirken.

Daten und Fakten

Gute Stimmung bei Industrie und Bevölkerung. Jedes dritte Industrieunternehmen in Deutschland erwartet für die nächsten zwölf Monate eine Besserung der Geschäftslage. Das geht aus dem aktuellen Industriereport hervor, für den 7.800 Unternehmen befragt wurden. Nur 10% rechnen demnach mit schlechteren Geschäften. Der Saldo der Geschäftserwartungen liegt damit bei 24 Punkten, das sind 10 Punkte mehr als noch im Herbst 2013. Besonders erfreulich ist der Saldo der Beschäftigungsabsichten der Unternehmen. Mit 5 Punkten liegt er weit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (-6 Punkte). Für das nächste Jahr kann daher mit der Schaffung von 40.000 neuen Arbeitsplätzen gerechnet werden. Die gute Stimmung der Unternehmen deckt sich auch mit der Stimmung der Bevölkerung. So ist der Anteil derjenigen, die mit Hoffnungen auf das Jahr sehen, seit August 2013 von 47% auf aktuell 59% gestiegen. Auch glauben immer mehr Menschen, dass es mit der deutschen Wirtschaft im nächsten halben Jahr bergauf geht. Der Anteil stieg von 21% im August 2013 auf aktuell 35%.

(Quellen: DIHK; Institut für Demoskopie Allensbach)

Dreigliedriges Schulsystem ist durchlässig. Aus einer aktuellen Studie geht hervor, dass die Trennung von Schülern im dreigliedrigen Schulsystem keinerlei langfristige Nachteile schafft. Die Untersuchung betrachtet die Geburtenjahrgänge 1961 bis 1976 und nimmt Schüler in den Blick, die von ihren Voraussetzungen her an der Schwelle zwischen zwei Schulformen lagen. Das Ergebnis: Es ergab sich kein Unterschied bei den durchschnittlich erreichten Bildungsabschlüssen, der Beschäftigungsquote und dem erzielten Erwerbseinkommen, egal ob die Schüler ab der 5. Klasse auf die jeweils niedrigere oder höhere Schulart gingen. Als Grund nennen die Autoren hohe Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems. So können Realschüler, deren Leistungspotenzial zum Zeitpunkt der Schulwahl unterschätzt wurde, beispielsweise nach der neunten Klasse aufs Gymnasium wechseln – und umgekehrt. Zwar bleibt unbestritten, dass Gymnasiasten insgesamt die besten Jobaussichten haben – dies ist jedoch lediglich eine Folge der Trennung nach Fähigkeiten und Leistungen zur bestmöglichen Förderung. Leistungsstarke Real- und Hauptschüler sind dadurch nicht am Aufstieg gehindert.

(Quelle: Institut zur Zukunft der Arbeit, Bonn)

Doppelbelastung. Nach einer Vorab-Auswertung der offiziellen Erwerbstätigenbefragung aus dem Jahr 2012 trifft die Doppelbelastung von Erwerbs- und Hausarbeit Frauen stärker als Männer. Sind Kinder vorhanden, fühlen sich 55,9% der Frauen in Vollzeit an Arbeitstagen müde, matt oder erschöpft. Bei Männern beträgt diese Quote 43,7%. Aber auch ohne Kinder ist der Unterschied beträchtlich: 52,7% der Frauen, aber nur 41,8% der Männer, spüren am Ende des Arbeitstages Müdigkeit und Erschöpfung. Bei Vollzeit mit überlanger Arbeitszeit liegt die Belastung naturgemäß noch einmal höher: 65,8% bei Frauen und 59,6% bei Männern. Bei Teilzeitkräften dagegen reduziert sich diese Last und weist auch nicht mehr so große Unterschiede zwischen Frauen und Männern auf. Besonderheit hier: Männer mit Kindern fühlen sich weniger gestresst als kinderlose in Teilzeit arbeitende Männer.

(Quelle: Hans-Böckler-Stiftung)

 Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Enak Ferlemann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de